

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 40 (1946)
Heft: 5

Artikel: Weltrundschau : der Kampf gegen den Hunger ; Die Aufgabe der Vereinten Nationen ; Eine vorläufige Lösung ; Faschismus und Kommunismus ; Die "östlichen Demokratien" ; Im vorderen Orient ; Indien, Indonesien und Ostasien ; Sozialistische Demokratie

Autor: Kramer, Hugo
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-138824>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

danke. Daß er nicht von einem Professor oder berühmten Schriftsteller stammt, sondern von einem Handwerker, macht ihn für mich nur umso wertvoller.“ Daß er solche Worte schreiben konnte, bezeugt, daß ihn kein Felsmassiv der Gelehrsamkeit und Ueberlegenheit vom ungeschulten Manne zu trennen vermochte. Seine umfassende Menschlichkeit wird ihn auch einmal im wahren „Jahrhundert des Volks“ dem Volke zugänglich machen. H. Mathys.

Weltrundschau

Der Kampf gegen den Hunger Schöner als je ist heuer der Frühling in unserem kriegsverschonten Land aufgeblüht. Während ich dies schreibe, schweift mein Blick immer wieder hinaus in die sich verjüngende Natur: auf prangende Gärten, grünende Saaten, blühende Rebberge. Und doch will das Herz nicht so recht froh werden über den Segen, der sich hier ausbreitet, denn gleich dahinter, keine halbe Wegstunde entfernt, fängt, auf französischem Boden, schon wieder das europäische Elend an. Der Kampf mit dem Hunger ist ja noch lang nicht gewonnen. Wohl hat die UNRRA mit ihrem neuen, energischen Leiter La Guardia, haben verschiedene Regierungen und zahlreiche private Hilfsorganisationen viel zur Linderung der Not getan, und das Gewissen der gut ernährten Hälfte der Menschheit ist doch etwas aufgerüttelt worden, so daß es das unter uns geschehende Riesenverbrechen nicht mehr so unbewegt zu ertragen vermag. Aber alles, was bisher getan worden ist, reicht noch immer nicht. Nach Herbert Hoover sind auch auf der „grausen und gefährlichen“ Mindestgrundlage von 1500 Kalorien täglich 150 Millionen Menschen bis zum Herbst vom Hungertod bedroht; in Europa allein gibt es 20 Millionen unterernährte und kranke Kinder. Von den 11 Millionen Tonnen Brotgetreide, die sofort nötig sind, fehlen immer noch 5 Millionen. Und so wüten eben Hunger, Krankheit und Tod in Europa und Asien mit wenig verminderter Gewalt weiter.

Die Schuld daran, daß die durch Krieg und Mißwachs entstandene Not nicht vollständiger gebannt werden kann, scheint hauptsächlich bei der vielgerühmten „Privatinitiative“ zu liegen, die, zum Teil infolge der Aufhebung lästiger Staatskontrollen, besonders in den Vereinigten Staaten, in Kanada und Argentinien ihren Vorteil darin findet, Getreide dem Vieh zu verfüttern und Mais und Korn zu verheizen. Die Behauptung, auch die Sowjetunion halte trotz überschüssiger Vorräte in „hartherzigster Selbstsucht“ Getreide zurück (so zu lesen in der „Neuen Zürcher Zeitung“), ist wohl angesichts der Enthüllungen des Londoner „Economist“ über den Zusammenbruch der russischen Landwirtschaft als Verleumdung mit durchsichtigem Zweck zu betrachten.¹

Die Aufgabe der Vereinten Nationen Es wäre bei dieser ganzen Lage die dringlichste Aufgabe der Vereinten Nationen, einen umfassenden Plan für die Rettung der vom Hunger betroffenen Völker, dazu einen solchen für die Verforgung aller Länder mit Rohstoffen, vor allem Kohle, überhaupt für die wirtschaftliche Wiederaufrichtung der Welt und nicht zuletzt für die Nutzbarmachung der Atomkraft zu friedlichen Zwecken auszuarbeiten und durchzuführen. Insbesondere für Europa müßte ein radikaler Wirtschafts- und Sozialisierungsplan aufgestellt werden, der mit dem Unfug der mehr oder weniger geschlossenen Nationalwirtschaften gründlich aufräumt.² Die Wirtschafts- und Sozialorganisation der Vereinten Nationen wäre dafür das gegebene Werkzeug, und an der Aufgabe kollektiver Sicherung der wirtschaftlichen Existenz könnte auch der Geist kollektiver Friedenssicherung entscheidend wachsen.

Anfichts der Tatsache, daß der *erste Völkerbund* vor allem am Fehlen einer solidarischen Weltwirtschaft gescheitert ist, die der politischen Solidarität der Nationen allein hätte die feste Grundlage geben können, sollte man auch wirklich meinen, daß sich die Träger des zweiten Völkerbundes ihrer wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben klar bewußt wären. Aber bei der feierlichen Einfügung des Völkerbunds, die kürzlich in Genf stattgefunden hat, ist nur ganz vereinzelt, am deutlichsten von dem tschechoslowakischen Vertreter Kopecky, daran erinnert worden, daß es die Kräfte der kapitalistischen Anarchie und der sozialen Reaktion waren, die es fertiggebracht haben, „die Tätigkeit einer Einrichtung zu unterdrücken und einzuschränken, die als Werkzeug zur Verteidigung der internationalen Demokratie gedacht war“.³ Und es sieht bis jetzt noch recht wenig darnach aus, daß

¹ Der Moskauer Korrespondent des „Daily Herald“ (15. 4.) stellt fest, daß die Ernährungslage in Rußland durch zwei hervorstechende Tatsachen beherrscht werde. „Erstens: das russische Lebensniveau hat sich seit 1942 um mindestens 100 Prozent gehoben; zweitens: es ist immer noch viel tiefer als in der Vorkriegszeit.“ Trotzdem seien die Russen noch besser daran als manche europäischen Länder.

² Als Vorstudie dazu vgl. den Entwurf, den im Namen einer Gruppe deutscher Sozialisten in London Walter Fließ unter dem Titel „Die Wirtschaft im neuen Europa“ veröffentlicht hat.

³ Sehr nett ist es, daß bei dieser Gelegenheit sogar die „Neue Zürcher Zeitung“ von dem wegen des Angriffes auf Finnland verfügten Ausschluß der Sowjetunion aus dem Völkerbund deutlich abrückte. „Man hatte in Genf“, so las man da, „weder von dem erzwungenen ‚Anschluß‘ Oesterreichs noch von Hitlers Ueberfall auf die Tschechoslowakei Notiz genommen, und als Polen keinen Appell an den Völkerbund richtete, fand sich auch keine andere Macht veranlaßt, diesen auf den Osten ausgebrochenen Konflikt hinzuweisen. Sogar die Kriegserklärung Englands und Frankreichs an Deutschland wurde damals im Völkerbund offiziell ignoriert. Nur der russisch-finnische Konflikt setzte seinen Apparat in Bewegung. Das Ergebnis war, wie man damals schon ahnen konnte, eine Torheit... Unglücklicherweise haben aber die Russen ein gutes Gedächtnis. Die Affäre von 1939 hat unzweifelhaft noch die bedauerlichen Komplikationen der Beziehungen zwischen den Siegermächten gefördert.“ Späte Erkenntnis!

die führenden alliierten Mächte aus der Vergangenheit schon viel gelernt hätten. Die Vereinten Nationen sind jedenfalls noch weit davon entfernt, als Organisation der politischen und wirtschaftlichen Solidarität unter den Völkern das zu leisten, was sie trotz allen Gebrechen ihrer Verfassung leisten *könnten*, wenn der Antrieb dazu stark genug wäre. Sie sind vorläufig noch mehr ein Forum zur Austragung machtpolitischer Gegensätze unter den Großen als das maßgebende Organ zur grundsätzlichen *Ueberwindung* der Machtpolitik. Die Russen gleicherweise wie die Engländer und Amerikaner benützen sie vor allem dazu, Entschiede zu verhindern, die ihren im alten Sinne verstandenen Sicherheitsinteressen widerstreiten, und Entscheidungen herbeizuführen, die auf der Linie dieser Sicherheitsinteressen liegen, und danebenher geht eine Außenpolitik, die ungefähr im Stile der überlieferten Kabinettsdiplomatie über Völkerchickfale und Ländergrenzen entscheidet, wie wenn es überhaupt keine internationale Rechts- und Friedensorganisation gäbe.

Ein Ausdruck dieser Politik ist einerseits die gegenwärtig in Paris tagende *Konferenz der Außenminister*, die eine erste Serie von Friedensverträgen vorbereiten soll und sich bisher (vergeblich!) insbesondere mit den Problemen Italiens befaßt hat,¹ andererseits die in London versammelte *britische Reichskonferenz*, die ein förmliches System militärischer Sicherung der britischen Inseln, der Dominien und der überseeischen Besitzungen Großbritanniens (gegen wen?) ausarbeitet, in Anlehnung an das entsprechende System der Vereinigten Staaten von Amerika. Dabei ist es doch widersinnig, neben einer internationalen Rechts- und Friedensordnung, die ihrem Wesen nach die Sicherung der Existenz der Völker zu *ihrer* ausschließlichen Angelegenheit macht und namentlich auch allen Grenzfragen ihre bisherige, überragende Bedeutung nimmt, noch besondere Friedensverträge abzuschließen, die notwendigerweise das Weiterbestehen der internationalen Unordnung voraussetzen. Soll denn wirklich der Fehler der Zeit nach 1919 wiederholt werden, wo neben dem Völkerbund das alte Kräftepiel souveräner Nationalstaaten weitergeduldet wurde mit der Wirkung, daß die nationale Souveränität eben die internationale Solidarität immer mehr verdrängte? Die Ablösung dieses Systems durch eine handlungsfähige Weltorganisation, welche die Souveränität — die oberste Entscheidungsgewalt — bei sich selber vereinigt und über die ausschlag-

¹ Der Beschluß, das *Südtirol* bei Italien zu belassen, ist besonders ungerecht; er ist wohl als Kompensation für eine Italiens Wünschen weniger entsprechende „Lösung“ der Frage von *Triest* und Istrien gedacht, die in Aussicht genommen scheint und insbesondere von den Russen direkt verlangt wird. Die Frage von *Triest* hat im übrigen größte Ähnlichkeit mit der einstigen *Danziger* Frage.

Inzwischen ist die Außenministerkonferenz mehr oder weniger unverrichteter Sache auseinandergegangen. Ob sie am 15. Juni unter günstigeren Bedingungen erneut zusammentreten kann, erscheint fraglich. Gar im Juli eine erste Tagung der Friedenskonferenz abzuhalten, ist vollends phantastisch. (18. 5.)

gebenden militärischen und wirtschaftlichen Machtmittel allein verfügt, kann letzten Endes einzig die Völker vor einer neuen Katastrophe bewahren.

Eine vorläufige Lösung Jede Annäherung an dieses Ziel setzt unter den nun einmal bestehenden Verhältnissen eine *aufrichtige Verständigung zwischen den angelsächsischen Reichen und der Sowjetunion* voraus. Und das bedeutet, wie immer wieder betont werden muß, nicht nur das Einschlagen eines neuen Kurses in Moskau, sondern auch eine entscheidende Wendung der Politik Großbritanniens und der Vereinigten Staaten, eine grundsätzliche Abkehr von jenem Imperialismus, der — nach einem Anlauf in ganz anderer Richtung — die Sowjetunion auf ihren jetzigen Weg gedrängt hat. Sind die beiden Mächtegruppen dazu bereit?

Die letzten Auseinandersetzungen vor dem Sicherheitsrat lassen wenig davon erkennen. In der *persischen* Streitfrage beharrt Rußland, trotz dem nun abgeschlossenen Rückzug seiner Truppen aus Aserbeidschan, auf seinem Recht, an seiner Südgrenze eine „zuverlässige“ politische Ordnung und gleichzeitig von der persischen Regierung Petrolkonzessionen im gleichen Rang mit Großbritannien und Amerika zu bekommen.¹ England aber führt ebenso konsequent sein außenpolitisches Programm aus, das auf Grund von direkten Erklärungen eines Bevin sehr nahestehenden, ungenannten Labourministers Jon Kimche in der „Roten Revue“ folgendermaßen umschreibt: Es sei das Ziel Großbritanniens, „1. die Russen zu zwingen, aus dem Dunkel ans Tageslicht zu kommen und ihre gegenwärtige Politik vor aller Öffentlichkeit zu vertreten und zu erklären; 2. von der UNO als Plattform Gebrauch machend, der Welt die britische Politik zu erklären; 3. ganz offen der heutigen russischen Politik gegenüber einen demokratischen Block zu schaffen, nicht um die Gegenfätze zu verewigen, sondern im Gegenteil, um den Russen klar zu machen, daß ihre gegenwärtige Politik zu nichts führt, und sie auf diesem Umwege dazu zu bringen, eine echte Politik der Zusammenarbeit zu betreiben“.

Doch scheint diese allzu selbstgerechte Haltung nicht mehr die einmütige Billigung der sozialistischen und liberalen öffentlichen Meinung Englands zu finden. Es genüge keineswegs, so bemerkte beispielsweise der „New Statesman“, die Russen vor dem Sicherheitsrat *juristisch* ins Unrecht zu setzen; wichtiger sei, die britische Politik *substantiell* zu ändern. Die westliche Welt vergesse allzusehr, daß Rußland in seinem Streben nach Sicherheit und Rohstoffen „nur so auftritt, wie wir

¹ Wie jetzt bekannt wird, hat die russische Petrolindustrie unter dem Krieg viel schwerer gelitten, als man bisher annahm. Allein in den beiden Gebieten von Krasnodar und Grozny (im Kaukasus) sind Oelquellen mit einer Produktion von fünf Millionen Tonnen jährlich zerstört worden. Der Oelmangel soll darum in der Sowjetunion außerordentlich groß sein.

und andere Großmächte in der Vergangenheit aufgetreten sind“ (und immer noch auftreten!). Es komme jetzt alles darauf an, „den alten Imperialismus durch ein Angebot an die Sowjetunion zu ersetzen, gemeinsam mit ihr Oelkonzessionen zu verteilen und dafür zu sorgen, daß die Regierung eines Nachbarlandes nicht länger der Herd eines sowjetfeindlichen Ränkefeldes ist, und daß die soziale Entwicklung, in bezug auf die er (Bevin) und die Leiter der Sowjetunion einer Meinung sind, auf ganz Persien und den mittleren Osten Anwendung findet“.

Wenn diese verständige Auffassung Gemeingut der leitenden Kreise Englands und Amerikas würde, wäre ein großer Fortschritt auf dem Wege zur Verständigung zwischen der Sowjetunion und den angelsächsischen Mächten gesichert oder zumindest angebahnt. Die ausdrückliche oder stillschweigende Übereinkunft, die beide Teile zu treffen hätten, bestünde dabei offenbar im Wesentlichen darin, daß sowohl England/Amerika wie Rußland ihre respektiven „Einflußzonen“, vorab in Europa, dann aber auch sonst in der Welt, *anerkannten* und sich gegenseitig der Einmischung in sie enthielten. Wer vor einem solchen Gedanken skandalisiert zurückschreckt, der sei auf die Äußerung hingewiesen, die dazu die „Peace News“, ein sonst sehr doktrinär-pazifistisches englisches Wochenblatt, macht:

„Was wir auch von dieser Lösung denken mögen — sie ist jetzt sicherlich die einzig mögliche. Sie macht keinen Anspruch auf Gerechtigkeit oder Grundfäßlichkeit im Verhältnis der großen Drei zu einander. Gerechtigkeit und Grundfäßlichkeit wird es hier nur soviel geben, wie von ihnen selbst in ihren eigenen Zonen geübt werden wird. Angesichts der großen Gegensäßlichkeit zwischen den russischen und den westlichen Ideen ist ein anderer Ausweg überhaupt nicht möglich. Er muß eben realistisch angenommen werden... Für einen Engländer hält es schwer, sich mit einer derartigen Regelung abzufinden. Das ist ja, so sind wir gewohnheitsmäßig zu sagen versucht, gerade die Art Regelung, die zum Kriege führt. Aber es ist durchaus wahrscheinlich, daß die alten Argumente ihre Bedeutung eingebüßt haben. Die hypothetische Völkergemeinschaft, auf die sich die Friedensverträge der Vergangenheit stützten, oder die sie zum mindesten als Hintergrund voraussetzten, hat aufgehört zu bestehen. Jetzt gibt es eine Völkergemeinschaft, die sich auf Grund einer bestimmten Weltanschauung um Rußland herum gruppiert, und eine losere und freiere Völkergemeinschaft, die sich auf Grund einer ganz anderen Anschauung um die Vereinigten Staaten und Großbritannien herum gruppiert. Ihre Verschiedenartigkeit und die Unmöglichkeit (wenigstens auf Jahre hinaus) einer echten Gemeinschaft oder eines wirklichen Verständnisses zwischen ihnen anzuerkennen, heißt durchaus nicht die Unvermeidlichkeit eines Krieges zwischen ihnen anerkennen.

... Man muß der Versuchung widerstehen, die Kennzeichen des liberalen Zeitalters gleichförmig auf das neue Europa anzuwenden. Auch im alten Europa schon wurde ihre Gültigkeit um so äußerlicher, je mehr man von Westen nach Osten rückte. Daß nun ihr Geltungsbereich endgültig auf ein Gebiet beschränkt sein soll, wo sie nach dem Geist wie nach dem Buchstaben angewandt werden müssen, kann sich auf die Länge nur als gut erweisen. Worauf es vor allen Dingen ankommt, das ist, daß sich Westeuropa auf dem Boden seiner eigenen Prinzipien ebenso gründlich organisiert, wie dies Osteuropa auf dem Boden der russischen Prinzipien tut. Gefahr für den Frieden wird nur entstehen, wenn Westeuropa in seiner Anhänglichkeit an seine eigenen geschichtlichen Prinzipien gespalten ist.“

Faschismus und Kommunismus Schauen wir uns von diesem Standpunkt aus in Europa um, so stellen wir freilich sofort fest, daß die freiheitlich-demokratischen Prinzipien, die zu seinem besten Erbgut gehören (ohne deswegen im Gegensatz zum Sozialismus zu stehen), bereits weithin die Herrschaft über die Geister verloren haben.

Da ist zunächst die Tatsache des *Faschismus und Nazismus*, der moralisch noch keineswegs besiegt ist. In Spanien und Portugal hat er sich auch durch den zweiten Weltkrieg hindurch offen an der Macht behaupten können, und die kapitalistischen Demokratien haben sich bis jetzt als empörend unfähig oder unwillig erwiesen, über bloße papierenen Resolutionen hinaus ihm den Meister zu zeigen. In einer ganzen Reihe anderer Länder besteht die faschistische Gefahr latent, sei es in Gestalt reaktionärer, insbesondere klerikaler oder auch monarchistischer Volksbewegungen, sei es als versuchte Wiedererweckung der eigentlichen, „klassischen“ Diktaturideologien. Zur ersten Kategorie sind etwa Oesterreich, zum Teil auch Deutschland, dann Ungarn, Italien, Griechenland, Belgien und nicht zuletzt Frankreich zu zählen; die im Augenblick des Abschlusses unserer Rundschau bekannt gewordene *Verwerfung der neuen französischen Verfassung* zeigt ja neuerdings, wie stark in Frankreich die Rechte bereits wieder geworden ist.¹ In die zweite Kategorie fallen, neben Polen, Rumänien, Jugoslawien und anderen Ländern des europäischen Mitteleuropas, vor allem Italien und Deutschland, wo auf dem Hintergrund schwerer wirtschaftlicher Not Faschismus und Nazismus neuerdings eine bedenkliche Anziehungskraft gewinnen. Was insbesondere Deutschland betrifft, so hat sich auch in der Berichtszeit wieder erwiesen, daß der Nürnberger Schau-

¹ Man darf sich durch die von der Rechten während des Abstimmungskampfes in den Vordergrund geschobenen staatsrechtlichen Fragen nicht darüber hinwegtäuschen lassen, daß die Verfassung der ersten Nationalversammlung nicht ihren *formalen* Mängeln zum Opfer gefallen ist, sondern den *sachlichen* Tendenzen, die hinter ihr standen. Es ist vollkommen richtig, daß die Schöpfer der Verfassung eine starke Regierung ermöglichen wollten, die — im Gegensatz zu dem kläglichen parlamentarischen Betrieb der Dritten Republik — nicht hätte von der nächstbesten Kulisseintrige weggefegt werden, sondern einen zielbewußten, tatkräftigen Kurs verfolgen können, und es ist ebenso richtig, daß darin die Gefahr eines gewissen „totalitären Demokratismus“ lag, wie man das jetzt zu heißen pflegt. Allein die Gegner des Verfassungsentwurfes sind ja doch mit Ausnahme der Radikalen und ähnlicher kleinerer Gruppen, alles andere als Gegner von starken Regierungen; sie sind sogar sehr begeistert für eine kraftvolle Staatsführung — vorausgesetzt, daß sie ihren eigenen, konservativ-reaktionären Zielen dient. Diejenige Politik aber, welche die Schöpfer der nun verworfenen Verfassung im Auge hatten, war *sozialistischen* Charakters, ja sie schloß sogar die Gefahr kommunistischer „Experimente“ in sich. Und das war es, was um jeden Preis verhindert werden mußte. Die „Partei- und Parlamentsdiktatur“, die die Verfassungsgegner als Bauern- und Bürgerschreck an die Wand malten, wurde von ihnen selbst nicht ernst genommen, und auch ganz objektiv ist zu sagen, daß die absolute Machtstellung, die die britische Verfassung dem Unterhaus (das Oberhaus hat

prozeß seine volkserzieherische und -bekehrende Wirkung fast vollständig verfehlt; sehr glaubhaft wird im Gegenteil berichtet, der Nationalismus sei in den letzten Monaten mächtig angeschwollen, und auch in den Kreisen erprobter Gegner des Dritten Reiches drohe „eine ausgesprochen chauvinistische Stimmung überhand zu nehmen“. „Wenn die Sieger jetzt das Land verließen, dann wäre ein neuer extremistischer Ausbruch zu befürchten.“¹

Auf der andern Seite greift in Mittel-, West- und Südeuropa der *Kommunismus* in einem Maße um sich, daß ihm viele bereits den nahen Sieg, wenigstens auf dem Festland, prophezeien. Das gilt für Frankreich, wo die Kommunisten gegenwärtig wohl die stärkste politische Kraft darstellen und neuerdings auch den Gewerkschaftsbund erobert haben, und in geringerem Grad auch für Italien; es gilt aber insbesondere wieder für *Deutschland*, wo leitende westalliierte Kreise damit rechnen sollen, daß der Kommunismus „sich immer mehr zu einem Nationalkommunismus von dem gleichen Selbstbewußtsein wie der russische entwickle und schließlich der vereinigte deutsche und russische Kommunismus eine unbestrittene Machtstellung in Europa erringen werde“.² Und zwar zeigt sich nach allen Berichten diese Entwicklung nicht nur in der russischen Zone, wo die Besetzungsbehörden die Kommunisierungspolitik planmäßig und nötigenfalls mit unverhüllter Gewaltanwendung betreiben, sondern zum Teil auch im Westen und Süden, namentlich im Ruhrgebiet. Die französischen Pläne für eine Abtrennung der Ruhr und des Rheinlands vom übrigen Deutschland tragen dazu nicht weniger bei als der phantastische alliierte Wirtschaftsplan, der in England und Amerika selbst soviel angefochten wird und beispielsweise vom „Economist“ einer geradezu verheerenden Kritik unterzogen wurde mit der Schlußfolgerung: „Was da für Deutschland geplant wird, ist ein Lebensniveau, das weit unter

tatsächlich nichts Wesentliches mehr zu sagen) und der es beherrschenden Partei sowie insbesondere der aus ihr hervorgegangenen Regierung einräumt, mindestens so stark ist wie diejenige, die nach dem abgelehnten Entwurf die französische Kammer und die von ihr gewählte Regierung gehabt hätte, die immerhin eine auf Grund des Verhältniswahlrechtes zustandgekommene Parlamentsmehrheit hinter sich hätte haben müssen. Die Labourpartei, die nicht einmal über eine Mehrheit in der Wählerschaft verfügt, könnte ihre Sozialisierungspolitik niemals durchführen, wenn sie an eine Verfassung gebunden wäre, wie die französische Rechte sie haben will. Aber eben — England ist nicht Frankreich. Die Labourpartei ist einem *demokratischen* Sozialismus verschrieben, wie er dem Geiste des öffentlichen Lebens in Großbritannien entspricht, während in Frankreich diejenige Linkspartei, die in bezug auf die Demokratie zuverlässig ist, nur noch bedingt als sozialistisch angesprochen werden kann, und die andere Linkspartei zwar entschlossen sozialistisch, aber durchaus nicht demokratisch ist. Die französische Krise ist damit aufs neue akut geworden, ohne daß man zu sehen vermöchte, wie sie zu überwinden ist. Man kann der weiteren Entwicklung der Dinge in Frankreich jedenfalls nur mit Sorge entgegenblicken.

¹ „N. Z. Z.“ Nr. 713.

² „Nationalzeitung“ Nr. 162.

dem europäischen Niveau und demjenigen Deutschlands selbst während der großen Wirtschaftskrise steht.“

Die «östlichen Demokratien» Noch viel stärker ist natürlich die Stellung des Kommunismus in den Ländern des europäischen Mittelostens, die die eigentliche russische Einflußzone bilden und unter der wenig verschleierte Oberherrschaft der Sowjetunion, teilweise sogar unter einer eigentlichen kommunistischen Diktatur, stehen.

Eine Sonderstellung nimmt unter ihnen die *Tschechoslowakei* ein, wo, in althussitischem Erdreich verwurzelt, seit Masaryks Zeit die moderne Demokratie stark Fuß gefaßt hat und die russische Vormundschaft bitter empfunden, ja zum Teil leidenschaftlich abgelehnt wird. Die am 26. Mai stattfindenden Wahlen werden, sofern nicht nur die Stimmabgabe selbst, sondern auch die Meinungsbildung frei ist, einigermaßen Aufschluß über die Gesinnung des Volkes geben; ziemlich allgemein rechnet man indessen schon jetzt mit starken Erfolgen der Kommunisten, die gegenwärtig eine Million Mitglieder haben sollen, und für Mähren und die Slowakei mit solchen der katholischen Parteien.

Die übrigen Staaten des mittleren Ostens: *Polen, Ungarn, Jugoslawien, Bulgarien, Rumänien*, sind alles „Länder ohne Demokratie“ im westlichen Sinn. Das heißt, das parlamentarische Regierungssystem war bei ihnen immer nur Fassade, angeklebt an eine ganz andere, wesentlich autokratische Staatsstruktur. Und mit Ausnahme von Ungarn, das sich dank der öffentlichen Stimmabgabe auf dem Lande und den bewährten Druckmitteln der Großgrundbesitzerklasse den Luxus einer „souveränen Volksvertretung“ leisten konnte, setzten sich zwischen den beiden Kriegen überall auch der Form nach Diktaturen an die Stelle sogenannter verfassungsmäßiger Regierungen. Der Grund für diese politische Struktur der mittelöstlichen Länder in der Zwischenkriegszeit liegt teils im Fehlen einer tiefgreifenden geistigen Revolution, wie sie der Westen seit dem Beginn der Neuzeit in verschiedenen Formen durchgemacht hat, teils in dem zugleich feudalen und brutal-kapitalistischen Charakter ihrer Wirtschafts- und Gesellschaftsverfassung: ausgesprochenes Übergewicht der Landwirtschaft mit jammervoll armen Lebensverhältnissen der Bevölkerung auch dort, wo kein Großgrundbesitz herrschte; geringe Bedeutung der verarbeitenden Industrie; Vorwiegen einer primitiv organisierten, meist von ausländischem Kapital betriebenen Rohstoffindustrie (Petrol, Kohle usw.) mit tiefstehendem Proletariat; scharfe soziale Gegensätze zwischen den verelendeten, ausgeplünderten Volksmassen und der agrarischen, industriellen und finanzkapitalistischen Herrenklasse; Abwesenheit jener wirtschaftlich unabhängigen bürgerlichen Mittelschicht, die in Westeuropa und Amerika die Trägerin der liberalen Demokratie war.

Schon aus diesem summarischen Ueberblick geht hervor, daß es

verfehlt wäre, den östlichen Ländern die *parlamentarische Demokratie* aufzwingen zu wollen, wie es jetzt Bulgarien, Rumänien, Griechenland und Polen gegenüber tatsächlich versucht wird, im Falle Polens sogar unter Anwendung wirtschaftlichen Druckes durch Amerika, das zunächst nur allgemein gegen die Sozialisierungsmaßnahmen protestiert hatte, nun aber die Gewährung eines Kredits von ca. 400 Millionen Schweizerfranken von der Vornahme „freier demokratischer Wahlen“ abhängig macht.¹ Man kann nicht auf fremdem Boden gewachsene politische Lebensformen auf eine Kultur- und Wirtschaftsverfassung aufpfropfen, die aus ganz anderen Wurzeln stammt. Und wenn die politische Demokratie des Westens die Frucht einer langen geistigen Entwicklung ist, die von der Renaissance und der Reformation über die Aufklärung bis zu den philosophischen und religiösen Bewegungen des späteren 19. Jahrhunderts reicht, andererseits als materiell gesellschaftlichen Unterbau zunächst den liberalen Kapitalismus und die ihn tragende gewerblich-industrielle Bourgeoisie hatte, bis auch — teilweise — die Arbeiterschaft in sie hineinwuchs und sie zur wirtschaftlich-sozialen Demokratie zu erweitern strebte, so verläuft eben der Weg der östlichen Länder offenbar in entgegengesetzter Richtung: von der wirtschaftlichen und sozialen Befreiung zur politischen Demokratie und zu jener neuen geistigen Revolution, die auch im Westen fällig ist. Deswegen aber den östlichen Ländern jeglichen demokratischen Charakter abzuspochen, wäre ebenso unangebracht, wie wenn man wegen der Verfälschung, Verzerrung und Verkümmern, welche die politische Demokratie im Westen durch den Kapitalismus erfahren hat, diese Länder schlechthin als Diktaturen bezeichnen wollte. „Es handelt sich nicht darum“, sagt François Goguel im „Esprit“ (Märzheft), „sich gegenseitig ausschließende Kennzeichnungen auszuteilen; es gilt vielmehr anzuerkennen, daß der Reichtum und die Vielgestalt des demokratischen Ideals so beschaffen sind, daß, je nachdem die wirtschaftliche, gesellschaftliche und psychologische Lage eines Landes den Nachdruck auf eine bestimmte Erscheinungsform (z. B. das Ideal der politischen Freiheit) oder auf eine andere (das Ideal der Gerech-

¹ Es darf hier auch an das freilich übertriebene Urteil Ferdinand Lundbergs („Amerikas sechzig Familien“) erinnert werden, durch das Aufkommen einer Industrie- und Finanzoligarchie und die Zusammenballung ungeheurer Vermögen in verhältnismäßig wenigen Händen sei bewirkt worden, „daß die Vereinigten Staaten, obschon sie einstmals eine große politische Demokratie gewesen, keine geblieben sind. Die Staatsbürger sind wohl noch vor den Wahlurnen gleich, wo wenig entschieden wird; aber sie sind nicht mehr vor den Kassenschaltern der Banken gleich, wo viel entschieden wird. In der Standard Oil Company, in der Aluminium Company of America, in E. I. Du Pont de Nemours & Company, in der Ford Motor Company und in anderen Industrieunternehmen, die alle im Wesen feudal und diktatorisch regiert werden, haben die Vereinigten Staaten dynastische Herrschaftsgebiete geschaffen, im Vergleich zu denen die alte Hausmacht der Romanoffs, der Hohenzollern, der Habsburger und der Hannover unsichere und gehaltlose Landgüthen darstellen“.

tigkeit) zu legen erfordert, auch die Mittel zu ihrer Verwirklichung nicht die gleichen fein werden . . . Es heißt nicht die Demokratie verraten, sondern ihr dienen, wenn man ihre äußere Erscheinungsform ihrem Wesensgehalt unterordnet, der in der materiellen und moralischen Hebung der Würde des Menschen besteht — des Massenmenschen und nicht nur des Kastenmenschen“.

Im vorderen Orient Die Befreiung der Völkermassen Asiens und Nordafrikas vollzieht sich unter ähnlichen Bedingungen wie diejenige der europäischen Ostvölker. Auch hier überall ein oft grauenhaft tiefes Existenzniveau der breiten Unterschichten; auch hier nirgends eine altverwurzelte politische Demokratie, sondern nur irgendeine Form einheimischer oder fremder Diktatur (meist sogar beides zusammen); auch hier darum die Neigung, die wirtschaftliche und soziale Befreiung mit den Methoden des Kommunismus oder doch in Anlehnung an die Sowjetunion zu suchen, und dementprechend eine gewisse Schwäche des demokratischen Sozialismus. Nur verwickelt sich das ganze Problem dadurch nicht wenig, daß neben den *sozialen* allerorten der *nationale* Freiheitskampf tritt und sich beide Bewegungen vielfach überschneiden, teils mit hemmender, teils mit verstärkender Wirkung.

In *Aegypten* und *Vorderasien* hat sich die soziale und nationale Bewegung vor allem mit der britischen Herrschaft auseinanderzusetzen. Großbritannien hat — auf dem Boden der internationalen Anarchie — eben ein Lebensinteresse an der Sicherung seiner Land- und Seeverbindungen mit Indien und dem Fernen Osten und zugleich — mit Amerika zusammen — an der Sicherung der Petrolierzeugung und der Röhrenleitungen im Raume zwischen dem Persischen Golf und dem Mittelmeer, und seine Absicht geht deutlich dahin, aus den arabischen Staaten (acht an der Zahl mit 40 Millionen Einwohnern), Persien und der Türkei einen festen Damm gegen den Druck zu schaffen, der politisch und sozial von der Sowjetunion her auf diese Länder ausgeübt wird. Auf dem Hintergrunde des solcherart neu aufgetauchten britisch-russischen Interessengegensatzes und unter Auspielung des einen Teils gegen den anderen vollzieht sich das Ringen um die nationale und wirtschaftliche Befreiung der Völker des vorderen Orients; die jüngste Entwicklung der persischen Frage und bis zu einem gewissen Grad auch des *Palästinaproblems* (von arabischer Seite wird bereits die Sowjetunion gegen die Angelfachsen angerufen) bietet dafür besonders lehrreiche Beispiele. Solange Großbritannien auf die Sympathien der arabischen Welt angewiesen zu sein glaubt, wird es jedenfalls den jüdisch-zionistischen Bestrebungen nie großzügig entgegenkommen, und es muß schon gut gehen, wenn auch nur die sogar als Mindestprogramm unzulänglichen Empfehlungen der britisch-amerikanischen Palästina-Kommission verwirklicht werden sollen. Die Palästinafrage

ist nur zu lösen im Rahmen einer umfassenden Verständigung zwischen Angelsachsen und Russen, die dann zu einer gründlichen Neuordnung in ganz Vorderasien führen müßte.

Inzwischen schreiten die Verhandlungen zwischen Großbritannien und Aegypten günstig fort; die Räumung des eigentlichen Aegyptens durch die britischen Streitkräfte ist beschlossene Sache, wenn auch die Suezkanalzone weiterhin in Reichweite der britischen Streitkräfte bleiben dürfte und Aegypten zum Abschluß eines „Bündnisvertrages“ mit Großbritannien genötigt sein wird. Vergessen wir bei all dem auch nicht das viele Positive, das Englands Anwesenheit am Nil bedeutet hat! Was wäre insbesondere aus der Welt geworden, wenn Rommels Armee hart an der Grenze Aegyptens nicht auf den überlegenen Widerstand Montgomerys und seiner Truppen gestoßen wäre?

Indien, Indonesien und Ostasien Und was wäre, so fragen wir gleich weiter, aus der Welt geworden, wenn *Indien* nach dem Willen der Nationalisten von britischen Streitkräften entblößt gewesen wäre und die Japaner irgendwo in Mittelasien den Deutschen und Italienern die Hand gereicht hätten? Daß Indien jetzt seine volle Unabhängigkeit gewinnen soll, ist offenkundig der ehrliche Wille der Labourregierung, und die britisch-indischen Verhandlungen wickeln sich denn auch in einem weit günstigeren Klima ab als zur Zeit der ersten Mission Cripps. Nur tut für ihren Abschluß große Eile not. Wichtig ist namentlich, daß die indischen Muhammedaner sich völlig klar darüber werden, daß sie auf keinerlei britische Unterstützung zählen könnten, wenn sie weiterhin die Einigung Indiens hintertreiben wollten, und daß die Anerkennung von Indiens Freiheit, sein Schicksal selber zu bestimmen, nicht notwendigerweise vom Zustandekommen einer Verständigung zwischen Hindus und Muhammedanern abhängt, so wünschenswert eine solche Verständigung an sich auch sein mag.

Es ist bemerkenswert, daß der Kommunismus in Britisch Indien anscheinend eine recht geringfügige Rolle spielt; die linksstehenden Führer der Kongreßpartei sind, soviel wir wissen, alles Sozialisten, insbesondere Nehru, der freilich wohl eher als Sozialliberaler zu gelten hat denn als Sozialist. Noch stärker ist die Stellung der Sozialisten in *Holländisch* Indien, wo die Sozialdemokratie die größte Partei darstellt; ihr gehören unter anderem der Ministerpräsident und Außenminister der Indonesischen Republik, Sjahrir, sowie der Innenminister Sjarifoedin an, der letzte als Parteipräsident. Der im Ausland mehr genannte Präsident der Republik, Soekarno, ist eher „extremer“ Nationalist und hat auch mit den Japanern zusammengearbeitet, allerdings ohne Faschist geworden zu sein. Während der japanischen Besetzung regierten sich im übrigen die Indonesier im Inneren so ziemlich selbst, was ihr Nationalbewußtsein nicht wenig hob; sie sind deshalb auch kei-

neswegs geneigt, sich mit den Zugeständnissen der Holländer zufrieden zu geben, die zwar „grundfätzlich“ die Selbstverwaltung der Eingeborenen in Aussicht nehmen, tatsächlich aber auf alle absehbare Zeit ihre Oberherrschaft, namentlich in bezug auf die äußere Politik und die Landesverteidigung, nicht fahren lassen wollen. Die Verhandlungen kommen so nur sehr mühsam vom Fleck.

In *China* kann sich die Diktatur Tschiang-Kai-Scheks nur gestützt auf die amerikanischen Bajonette halten. Ein demokratisches China, das von ältesten Volksüberlieferungen getragen wäre, hätte demgegenüber gewiß ernsthafte Ausichten; „aber das wollen weder London noch Washington, so wenig wie Moskau oder Tokio. Ein starkes, geeintes, demokratisches China würde sich nichts befehlen lassen, und die Mächte — jede Macht — wollten eben ein chinesisches Regime, das sich befehlen ließ“, meint ein Mitarbeiter des Londoner „Socialist Commentary“. Am stärksten ist jetzt in China der Einfluß Sowjetrußlands, besonders in der Mandschurei, wo sich der Gegensatz zwischen der Zentralregierung und der gewöhnlich als kommunistisch bezeichneten Volksbewegung neuerdings bis zur Gefahr eines Wiederaufflammens des Bürgerkrieges zugespitzt hat. Ein dauerndes Uebergewicht Rußlands in China aber würde — so bemerkt der Verfasser des erwähnten Aufsatzes — die Hauptmasse des großen eurasischen Kontinents mit 800 Millionen Menschen unter den direkten Einfluß des Sowjetreiches bringen, das damit der Weltherrschaft ziemlich nahe käme.

Welchen Weg *Japan* gehen wird, ist immer noch reichlich dunkel. Auch die Parlamentswahlen, die der amerikanische Oberkommandierende und Diktator MacArthur hat vornehmen lassen und die den als „Liberale“ und „Fortschrittler“ getarnten Vertretern des alten Wirtschafts- und Gesellschafts-systems wunschgemäß die Mehrheit gebracht haben, vermögen vorderhand keine Klarheit zu schaffen. Die Sozialisten, die übrigens für die Erhaltung der Monarchie sind, haben in der neuen Kammer — vorausgesetzt, daß sie überhaupt etwas Wesentliches zu sagen haben wird — eine starke Stellung errungen, während die für die Republik einstehenden Kommunisten nur ganz wenige Sitze zu gewinnen vermochten.

Sozialistische Demokratie Die Alternative zu Faschismus und Kommunismus bleibt bei all dem immer die sozialistische Demokratie.

Es wäre darum entscheidend wichtig, wenn sich ihrer — in der Partei — wie in der Gewerkschaftsform — Großbritannien im Vorderen Orient ebenso wie im Fernen Osten kräftig und planmäßig annähme. Mag es für eine konservativ-imperialistische Außenpolitik normal gewesen sein, allen sozialen Freiheitsbewegungen kolonialer und halbkolonialer Völker mit Mißtrauen zu begegnen — eine Labourregierung sollte hier andere Methoden anzuwenden im-

ftande fein. Wobei allerdings gefagt werden muß, daß es mit der bloßen Uebernahme des früher in der britifchen Kolonialverwaltung üblich gewefenen Antikommunismus in „fozialiftifcher“ Form nicht getan ift; nur ein positiver, gleichzeitig radikaler und freiheitlicher Sozialismus vermöchte ein Gegengewicht gegen den von Rußland her vordringenden autoritären Sozialismus zu bilden. Ähnliches gilt für die britifche Politik gegenüber Deutschland. Von einer entfloffenen Unterftützung der deutichen Sozialdemokratie und der Gewerkschaften durch die Westalliierten, die auf gemeinfamer Arbeit für den wirtschaftlichen Wiederaufbau und für eine umfaflende Sozialifierung der dafür geeigneten Wirtschaftszweige beruhen müßte, hängt geradezu die Zukunft der Demokratie in West- und Süddeutichland ab. Die Politik, die die Befetzungsmächte bisher gegenüber Deutschland betrieben haben — territoriale Verftümmelung, Förderung der Wirtschaftszerrüttung, Begünstigung des fozialen Konfervatismus und namentlich der klerikalen Reaktion, verbunden mit bemügender Nachficht gegenüber den ehemaligen Nationalfozialiften, ift auf jeden Fall nicht befonders geeignet, das deutiche Volk dem Faschismus und dem Kommunismus zu entfremden.

Vorausfetzung dafür, daß gegen die autoritären Strömungen, die Europa und die Welt zu überfchwemmen drohen, eine lebendige Freiheitsbewegung aufkommt, ift freilich, daß die Demokratie entfloffen und konfequent *fozialiftifch* wird, daß fie nicht in einem engherzigen Parteifozialdemokratismus, einem gehäßigen Antikommunismus und einem kleinbürgerlichen Sozialkonfervatismus ftecken bleibt, vielmehr ihren Glauben mit dem gleichen miffionarifchen Eifer ausbreitet und durch die Tat beweift, wie das die Anhänger des Kommunismus tun. Und da fehlt es nun eben, mindestens auf dem europäifchen Festland, ganz bedenklich. Wir konnten nicht ohne ein Gefühl der Bedrückung lefen, was letzthin im „Journal de Genève“ Professor Stelling-Michaud, gewiß kein enger Reaktionär, fchrieb: daß nämlich „der Sozialismus, der noch vor einem Jahrzehnt als eine revolutionäre Kraft galt, heute aus feinem Gegensatz zum kommunistifchen Programm heraus eine *ftaatserhaltende Kraft* geworden“ fei. Die Lebendigkeit, die das Regime der Sowjetunion im Krieg bewiefen habe, habe in einer Reihe von Ländern, namentlich in Frankreich, das Proletariat zu einer maffiven Schwenkung vom Sozialismus weg und zum Kommunismus hin veranlaßt, und wenn fich die kommunistifchen Parteien an der ruffifchen Politik orientierten, fo die fozialdemokratischen Parteien immer mehr an der Politik der britifchen Labourregierung, die ein Doppelgeficht trage: im Innern fortſchrittlich und energifch fozialifierend, nach außen „konfervativ in der Abficht, den Lebensftand Großbritanniens aufrechtzuerhalten und das Reich gegen die zerfetzenden Bestrebungen der kommunistifchen Sowjetunion und ihrer Hilfskräfte zu ſchützen“. Und wenn François Bondy im „Servir“ von der Sozia-

listischen Partei Frankreichs feststellt, daß sie „den Hauptteil ihres Anhangs in der Arbeiterschaft zugunsten der Kommunistischen Partei verloren“ habe, der einzigen Partei, die über eine breite Masse von Anhängern und treuen Wählern verfüge, die untereinander in einer wirklichen Glaubensgemeinschaft verbunden seien, so wird es ebenfalls schwer sein, dieser Schilderung ein freundlicheres Bild entgegenzusetzen.¹ Gar nicht zu reden von der deutschen Sozialdemokratie, die den Beweis erst noch zu erbringen hat, daß sich ihre geistige Haltung grundsätzlich von derjenigen der Vorkriegssozialdemokratie unterscheidet, die zwar auch imposante Wählermassen in Bewegung zu setzen wußte, aber als lebendige Kraft zur Verwirklichung des Sozialismus nicht mehr in Frage kam.

Das mag zunächst alles nicht sehr optimistisch klingen. Aber ist es wirklich rosaroter Optimismus, was uns am meisten not tut? Viel wichtiger scheint mir, daß wir uns ganz klar werden: nur ein von tief innen her erneuerter demokratischer Sozialismus, nur eine zu umwälzenden sozialen Verwirklichungen entschlossene und fähige Demokratie wird eine Zukunft haben. Daß die dafür erforderliche *geistige* Revolution durchbreche — *das* tut uns vor allem not. Und es heißt darum nicht profanieren, wenn wir auch im Hinblick auf die politische und soziale Weltlage, die uns menschlich oft so wenig Hoffnung zu bieten scheint, bitten: Komm, mächtiger Schöpfer-Geist! *Hugo Kramer.*

6. Mai 1946.

Religiös-soziale Vereinigung

Voranzeige.

Wir möchten die Leser der „Neuen Wege“ schon jetzt darauf aufmerksam machen, daß für die Woche vom 5. bis 10. August ein Ferienkurs vorgesehen ist mit dem Gesamttitel: *Wie begründen wir unsere sozialistische Hoffnung?* unter Leitung von *Pfarrer Trautvetter*. Die einzelnen Themen werden lauten: Das Recht des Marxismus, das Recht des Kommunismus, das Recht des englischen Sozialismus, das Recht des Anarchismus, Sozialismus aus dem Glauben. Ueber die Referenten, den Ort und die Preise hoffen wir in dem Augenblick, wo Sie die „Neuen Wege“ in der Hand haben, bereits Bescheid geben zu können. Man wende sich an das Sekretariat, Gartenhofstraße 7, Zürich 4, um nähere Auskunft.

¹ Eine Rechtschwenkung der französischen Sozialisten unter dem Eindruck der Verwerfung des Verfassungsentwurfes, wie sie sich jetzt abzuzeichnen scheint und zu einer sozialistisch-katholischen Koalition der Mitte mit Front gegen die äußerste Rechte wie gegen die kommunistische Linke führen müßte, wäre unter diesen Umständen besonders verhängnisvoll. Die Verbürgerlichung des Sozialismus würde auf diesem Wege vollends rasch fortschreiten, und *sie* ist es ja, die heute die entscheidende Gefahr für den Sozialismus darstellt, nicht seine Radikalisierung. Der Kommunismus würde einem *solchen* Sozialismus gegenüber erst recht leichtes Spiel haben und noch mehr als bisher als die einzig revolutionäre Kraft erscheinen. (10. 5.)